



Eine Million Millionäre

Mehr Vermögen dank Immobilienboom – geerbt wird steuerfrei. Seite 17

Foto: fotolia/Robert Byron

Fußballfreie Zone

Andorraner interessieren sich nicht für die EM beim Nachbarn. Seite 18

Sit-in im Kongress

Sitzstreik in Washington für ein strengeres Waffenrecht. Seite 8

Foto: dpa/Donna Edwards

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Freitag, 24. Juni 2016

71. Jahrgang/Nr. 146

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Wackliger Friedensprozess

Martin Ling über den Waffenstillstand in Kolumbien

Es ist fraglos ein wichtiger Schritt: Kolumbiens Regierung und die Rebellen der FARC-Guerilla haben sich in Havanna auf einen definitiven Waffenstillstand verständigt. In Havanna, weil dort seit 2012 die Friedensgespräche zur Beendigung eines bewaffneten Konfliktes laufen, der seit Jahrzehnten anhält und auch während der Verhandlungen munter weiter betrieben wurde. Damit soll jetzt Schluss sein, die noch rund 8000 FARC-Kämpfer sollen die Waffen niederlegen.

So positiv diese Nachricht klingt, so vorsichtig ist sie zu bewerten. Zwar dürfte der Weg zum Abschluss eines formalen Friedensvertrags damit geebnet sein, doch dieser Friedensvertrag ist bestenfalls der Anfang eines Friedensprozesses, der bereits vor Abschluss des Vertrages auf tönernen Füßen steht. Während in Havanna verhandelt wird, schaffen die formal 2006 entworfenen paramilitärischen Vereinigten Bürgerwehren Kolumbiens (AUC) weiter blutige Tatsachen, vertreiben beispielsweise Indigene und Afrokolumbianer im Chocó, um Platz für Plantagen für Großgrundbesitzer zu schaffen. Die Überbleibsel der AUC werden in zynischer Untertreibung als kriminelle Banden (Bacrim) bezeichnet – an ihrer Praxis ändert das nichts und die Regierung bekämpft sie nicht ernsthaft.

Dass die FARC-Guerilla zum Waffenstillstand bereit ist, ist nicht neu. Dass sie die Waffen niederlegt, solange die Paramilitärs im neuen Gewand weiter wüten, bleibt unwahrscheinlich. Und das mit Recht.

UNTEN LINKS

Am Donnerstag war es endlich soweit. Die Briten sollten ihren Tipp abgeben: Bleiben die Engländer drin oder fliegen sie am Montag gegen die Isländer raus? Das sogenannte Brexit-Votum lief am Abend auf eine Verlängerung hinaus, so ausgeglichen, wie die Chancen verteilt waren. Wenn die Mannschaften zum Spiel nur halb so taumelig auflaufen wie bei der Abstimmung darüber, wird die UEFA über einen kollektiven Dopingtest eine Entscheidung herbeiführen müssen. Auf jeden Fall sollte auch David Cameron getestet werden, der scheint ja seine Entscheidungen seit Längerem aus dem eigenen Urin zu lesen. Natürlich geht es immer auch um wirtschaftliche Erwägungen. Angeblich kostet das Ausscheiden Englands jeden EU-Bürger rund 10 000 Euro und einen kleinen Mittelklassewagen, in dem das Geld weggebracht werden kann. Über allem steht außerdem die Frage, was die Schotten tun, wenn England ein Zeichen der Schwäche zeigt. Sie warten nur darauf, Elizabeth zu stürzen. uka

Was kann Spanien?

Linksbündis »Unidos Podemos« erhofft sich Wahlsieg und Regierungsbildung



Foto: AFP/Miguel Ripoa

Madrid. Bei der Parlamentswahl am Sonntag wird das Quartett der vier Führungsfiguren der großen spanischen Parteien neu gemischt. »Am kommenden Montag wird ein neues Land erwachen«, sagt Tania González, Podemos-Sprecherin im Europaparlament, dem »nd«. An Optimismus fehlt es in der spanischen Linken nicht. Das von Podemos (Wir können es) um Pablo Iglesias angeführte Bündnis »Unidos Podemos« (Vereint können wir es/UP), an dem auch die Vereinte Linke beteiligt ist, liegt in allen Umfragen vor den Sozialisten (PSOE) und ist damit zweitstärkste Kraft hinter der konservativen PP, mit deren Spitzenkandidat und

Noch-Ministerpräsident Mariano Rajoy niemand koalieren will. Daran scheiterte bereits die Regierungsbildung nach den Wahlen vom vergangenen Dezember.

»Wir werden die verbleibende Zeit nutzen, um die PP zu überflügeln. Das ist unser Gegner. Deren neoliberale Politik wollen wir begraben. Unser Ziel ist der Wahlsieg«, pflichtet die frühere spanische Attac-Koordinatorin Sol Sánchez Tania González im »nd« bei. Sánchez kandidiert auf dem Ticket der Vereinten Linken auf der Liste von »Unidos Podemos«.

Der demokratische Aufbruch in Spanien seit der Bewegung der Platzbesetzungen 2011

rund um die Indignados (Empörten) mündete unter anderem in die Gründung von Podemos 2014. Ohne Basis der Bewegung, die mit Bezug auf den Beginn der Besetzungen am 15. Mai 2011 auch als Bewegung 15M firmiert, wäre Podemos nicht entstanden. Die Entwicklung von Podemos rund um die Plätze und Stadtteile Spaniens zeigt die Reportage aus dem Madrider Stadtteil Lavapiés mit seiner Kultur der Stadtteilversammlungen und Nachbarschaftsorganisation. Hintergrundlektüre bietet Raul Zeliks »Mit PODEMOS zur demokratischen Revolution?« ml

Seiten 2, 3 und 14

Beim »Antiterror« tritt Koalition aufs Gas

Kritik an massenhafter Datenspeicherung / Entwurf wird kurz vor Verabschiedung noch verschärft

Die schwarz-roten Vorhaben zur Terrorbekämpfung stehen am Freitag im Bundestag zur Abstimmung. Verfassungsrechtliche Bedenken werden von der Bundesregierung ignoriert.

Von Aert van Riel

Skeptische Stimmen zum Gesetzespaket gegen den Terrorismus sind inzwischen nicht nur von der Opposition, sondern auch in den Reihen der Koalition zu hören. Der SPD-Abgeordnete Christian Flisek sieht den geplanten Datenaustausch mit anderen Ländern kritisch. Fraglich sei es, wie man sicherstellen wolle, »dass in anderen Ländern rechtsstaatliche Prinzipien gewährleistet« seien, sagte Flisek im Deutschlandfunk. Letztlich laufe es darauf hinaus, »dass man sich auf Zusicherungen anderer Regierungen verlasse«, so der Sozialdemokrat. Praktische Konsequenzen aus seinen Bedenken wird Flisek aber nicht

ziehen. Er versicherte, dem Gesetzesentwurf zustimmen zu wollen.

Fraglich ist, wo die Grenzen für eine Beteiligung anderer Staaten bei der Geheimdienstkooperation gezogen werden. Heiner Busch, Vorstandsmitglied der Bürgerrechtsorganisation Komitee für Grundrechte und Demokratie, kritisierte, dass der Entwurf vage formuliert sei. So erfahre man nicht, ob nur die EU-Länder, Norwegen und die Schweiz dabei seien oder gegebenenfalls noch andere Dienste der NATO-Staaten oder von wem auch immer.

Auf »erhebliche verfassungsrechtliche Risiken« verwies Bundesdatenschutzbeauftragte Andrea Voßhoff. In einer Stellungnahme an den Innenausschuss schrieb die CDU-Politikerin, dass die Vorgaben des Verfassungsgerichts für einen effizienten Datenschutz nicht wirksam umgesetzt seien. Der Entwurf solle nicht für ausreichende Transpa-

renz und verstoße schon deshalb gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und das Grundrecht der Betroffenen auf informationelle Selbstbestimmung.

Der Entwurf sieht etwa vor, dass künftig Prepaid-Karten für Mobiltelefone nur noch an Personen verkauft werden dürfen, deren Identität durch die Vorlage eines Personalausweises geprüft wurde. Dabei soll auch die Ausweisnummer erfasst und gespeichert werden. Eine solche Speicherung erwecke »erhebliche datenschutzrechtliche Bedenken«, so Voßhoff. Sie warnte, dass es zu einer »massenhaften Speicherung von sensiblen Daten« kommen werde, ohne dass geklärt sei, ob diese überhaupt benötigt werden.

Die Koalition will Teile des Gesetzes noch verschärfen. Ein Eilantrag soll zusammen mit dem Entwurf am Freitag verabschiedet werden. Die Ergänzung sieht vor, dass die Daten jugendlicher Gefährder schon ab 14 statt 16 Jah-

ren gespeichert werden könnten. Zudem soll die Ausweispflicht beim Erwerb von Prepaid-Handy-Karten schneller realisiert werden. Bei solchen SIM-Karten soll generell die Ausweisnummer des Käufers gespeichert werden.

Das Gesetzespaket war bislang im Eiltempo durch das Parlament gepfeicht worden. Die Bundesregierung wollte offenbar eine öffentliche Debatte über das heikle Thema verhindern. Mit Agenturen

Lesen Sie morgen im wochen-nd

Der Fall Entebbe: Linke und Antisemitismus
Neue Liebe: Die Grünen und die CDU
Streng, groß, furchtbar: Goethe und der Islam

Appell für einen »Neustart Europas«

Rot-rot-grüne Politiker und DGB-Chef mahnen Umsteuern an

Berlin. Während in Großbritannien über den Verbleib in der Europäischen Union abgestimmt wurde, haben sich am Donnerstag Politiker von SPD, Linken und Grünen sowie Gewerkschafter und Intellektuelle mit einer Initiative »für eine bessere Europapolitik« ausgesprochen. Nur mit einem »Neustart« ließen sich »die verfehlten Strategien der Europäischen Union zur Bewältigung der größten Krisen ihrer Geschichte« überwinden. Die Unterzeichner, darunter die SPD-Politiker Gesine Schwan und Ralf Stegner, die Grünen-Abgeordneten Franziska Brantner und Gerhard Schick, die Linkenpolitiker Axel Troost und Harald Wolf sowie der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann, erklärten vor dem Hintergrund der noch immer nicht gelösten Euro-Krise, der zunehmenden Polarisierung gegenüber Russland, der »Zuspitzung des Flüchtlingsdramas« und der britischen Brexit-Abstimmung sei es »dringend« notwendig, umzusteuern. Belastbare Ergebnisse vom Referendum waren erst für den frühen Freitagmorgen erwartet worden. nd

Eingeschränkter Protest in Paris

Gewerkschaften setzen Widerstand gegen Hollandes Reform fort

Paris. Unter drastischen Sicherheitsvorkehrungen haben Zehntausende Franzosen in Paris gegen die Arbeitsmarktreform des sozialdemokratischen Präsidenten François Hollande demonstriert. Die Gewerkschaften CGT und Force Ouvrière sprachen von 60 000 Demonstranten in Paris, die Polizei von knapp 20 000. Außer in Paris gingen auch in Marseille, Toulouse und Le Havre tausende Menschen auf die Straßen. Hollande kündigte an, an seinen Plänen dennoch festzuhalten.

Mehr als 2000 Polizisten waren in der Hauptstadt aufgeboten, die Demonstration sollte ursprünglich verboten werden – wegen möglicher Ausschreitungen. Für die Demonstration auf einer nur 1,6 Kilometer langen Strecke ab dem Bastille-Platz wurden scharfe Sicherheitsmaßnahmen ergriffen. Der Verkehr war weitläufig abgesperrt, Bereitschaftspolizisten tasteten eintreffende Demonstranten ab, kontrollierten Taschen und teilweise die Personalien. Dutzende Menschen wurden festgenommen, darunter auch Journalisten. Agenturen/nd

Waffenstillstand in Kolumbien

Militär und Rebellen einigen sich auf Ende des bewaffneten Konflikts

Bogotá. Nach Jahrzehnten des Bürgerkriegs haben sich die kolumbianische Regierung und die linke Guerillaorganisation FARC auf einen beidseitigen und endgültigen Waffenstillstand geeinigt. Die Rebellen werden ihre Waffen niederlegen, wie die Unterhändler am Mittwoch in der kubanischen Hauptstadt Havanna mitteilten. Im Gegenzug werde ihre Sicherheit gewährleistet. FARC-Kommandeur Carlos Lozada rief »den letzten Tag des Krieges« aus. Der Waffenstillstand gilt als Voraussetzung für einen Friedensvertrag, über den beide Seiten seit Ende 2012 verhandeln. Im Bürgerkrieg zwischen linken Guerillagruppen, rechten Paramilitärs und den Streitkräften starben in dem südamerikanischen Land seit Anfang der 1960er Jahre rund 220 000 Menschen. Millionen wurden aus ihren Heimatorten vertrieben.

Am Donnerstag nach Redaktionsschluss sollten Kolumbiens Präsident Juan Manuel Santos und FARC-Chef Rodrigo Londoño alias »Timochenko« das Waffenstillstandsabkommen unterzeichnen. dpa/nd Seite 7

ISSN 0323-3375

